

# Die Stockholmer interparlamentarische Konferenz

Dieser Tage hat eine bedeutende internationale Tagung in Stockholm stattgefunden. Es handelte sich um eine Zusammenkunft von Parlamentariern aus den verschiedensten Ländern, die erst nach dem Kriege abgehalten wurde, und bei welcher die großen durch den Krieg aufgeworfenen und für alle Völker ins Gewicht fallenden Probleme in einem Kollegium von hervorragenden Volksvertretern der beteiligten Nationen behandelt wurden. Freilich handelte es sich nicht um eine vollkommene Tagung, denn die französischen und belgischen Parlamentarier hatten sich in Stockholm nicht eingefunden. Sie verlangten, daß auch deutsche Parlamentarier nach Stockholm eingeladen wären, von diesen wurde eine Erklärung über die Verantwortlichkeit für den Krieg abgegeben. Eine solche Erklärung zu geben, wurde von den deutschen Abgeordneten rundweg abgelehnt. Die Belgier versuchten zum wichtigsten eine Bedauernd-Kundgebung über die Verletzung der belgischen Neutralität zu erreichen, aber auch das wurde von den Deutschen abgelehnt. So hatte die Internationalität in Stockholm einige Mängel. Vertreter waren die Vereinigten Staaten, Japan, Deutschland, Österreich, Dänemark, England, Finnland, Italien, Norwegen, Holland, Schweden und die Schweiz. Das Präsidium wurde geführt von dem englischen Lord *Seardale*, der auch das Referat über die Frage des Völkerbundes erstattete. Sehr angenehm fielen die japanischen Vertreter auf, unter ihnen besonders *Tanaka*. Die Italiener entsandten als Führer ihrer großen Delegation den Vertreter Italiens im Völkerbund *Ferrari*. Als einziger katholischer Deputierter, und zwar nicht nur der italienischen Delegation, sondern der in Stockholm überhaupt weitesten parlamentarischen Vertreter war *Tovini*, der Vizepräsident der italienischen Kammer und Mitglied der italienisch-katholischen Volkspartei anwesend. Die übrigen Länder hatten zum Teil ehemalige Staatschefs und Minister, sowie Parlamentarier entsandt, die eine hervorragende Rolle in ihren Volkvertretungen einnahmen. Die deutsche Delegation setzte sich aus folgenden Persönlichkeiten zusammen: Reichstagspräsident *Loebe*, ehemaliger Reichskanzler *Wermann Müller*, ehemaliger Außenminister *Häcker*, Frau *Juchacz* und der völkervertragliche Hebräer *Hilfenbrand*, sämtlich von der sozialdemokratischen Partei, ferner die Abgeordneten *Schilling*, *Quidde* und *Sidhoff* von den Demokraten, ferner der deutsch-nationale Abgeordnete, Landgerichtsdirektor *Warmuth*. Leider war die Zentrumspartei in Stockholm nicht vertreten. Der Delegierte, Abgeordneter *Pfeiffer*, mußte abfragen und der für ihn zur Vertretung in Aussicht genommene Abgeordnete und Minister *Wiesberts* konnte aus gesundheitlichen Rücksichten die Reise nicht antreten. Es war sehr bedauerlich, daß dadurch das deutsche Zentrum und seine Auffassungen zu den gegenwärtigen Weltproblemen vor diesem internationalen und interparlamentarischen Forum nicht in der geeigneten Weise zum Ausdruck kamen.

Deutsch-Oesterreich war vertreten durch den ehemaligen Staatssekretär und gegenwärtigen Nationalrat *Dr. Mataja*, das führende Mitglied der christlich-sozialen Volkspartei *Deutsch-Oesterreichs*. Staatssekretär *Mataja* hatte die Liebenswürdigkeit, einen Vertreter unserer Zeitung zu empfangen, und ihm verdanken wir auch diese Informationen über den Verlauf der interparlamentarischen Konferenz.

Zunächst über die französisch-belgische Forderung nach dem Einheitsbündnis der Deutschen befragt, erklärte Staatssekretär *Mataja*, daß ein solches Annehmen allerdings an die Konferenz durch die Resolution eines französischen Abgeordneten gestellt worden sei, aber die Konferenz habe diese Resolution überhaupt nicht zur Beratung gestellt. Schon 1920 ist der Konflikt der interparlamentarischen Union zusammengebrochen, und damals haben die Franzosen bereits erklärt, daß sie sich an einer Tagung nur beteiligen, wenn die Mittelmächte nicht in ihr vertreten sind. Daraufhin habe der Konflikt erklärt, daß die Union einen allumfassenden Charakter habe und daß man daran nicht rütteln könne und dürfe. Daraufhin hatten die Franzosen einen „Bermittlungs“-Vorschlag gemacht, und zwar eben in der Weise des Vorgehens nach einem formellen Schiedsgericht. Das alles ist aber vom Konflikt abgelehnt worden. Die Schwierigkeiten liegen sich nicht beseitigen, so daß 1920 eine interparlamentarische Tagung nicht zustande kam. Am nicht aber die Union absterben zu lassen, entschloß man sich zu einer Abhaltung der Konferenz in diesem Jahre. Die Aussichten waren nicht günstig, da inzwischen wieder neue große außenpolitische Konflikte dazwischen kamen, und insbesondere erzwangte die Haltung Amerikas zum Völkerbund die Situation.

Gerade die Völkerbundfrage, über die, wie bereits erwähnt, der Präsident der Union, der Engländer *Wearde*, referierte, stand im Mittelpunkt der Erörterungen. Die Differenz zwischen der amerikanischen und europäischen Auffassung liegt darin, daß die Amerikaner sich auf das rein formelle beschränken wollten, also auf Kriegsvermeidung, Schiedsgericht, aber ohne Aufhebung der Kriegsgesetze. Demgegenüber betonte die andere Gruppe: Mit dem Formellen werden wir die Kriegsvermeidung und die Aufhebung der Kriegsgesetze nicht erreichen. Es sei vielmehr eine Verständigung, und zwar auf der Grundlage der Beendigung der Vorbereitungen eines Krieges notwendig. Voraussetzung dafür sei faktuelle Verständigung, die dann zu einer Annäherung führen müsse. Die Lösung dieser Probleme bezieht sich die europäischen Vertreter als die Voraussetzung, um die Kriegsgesetze aus der Welt zu schaffen. Das eigentliche Referat über diese Frage war dem englischen Lord *Cecil* übertragen, der aber aus unbekanntem, aber wahrscheinlich mindestens zum Teil auf dem politischen Gebiete liegenden Gründen absagte. Sein Vertreter, ebenfalls ein Engländer, hat sich in einer anerkennenswerten Objektivität seiner Aufgabe entledigt. Die Differenzen, die in den beiderseitigen Meinungen über die Völkerbundfrage herrschten, traten besonders auf, als eine entsprechende Resolution gefaßt werden sollte. Die ursprüngliche Resolution hatte sich ganz positiv für den bestehenden Völkerbund ausgesprochen. Sie betraute den Völkerbund die Amerikaner wandten sich gegen diese Fassung, und sie beantragten Verlegung zu einer erneuten Verständigung. Sie wollten nur die Schaffung eines Völkerbundes begründen. Für den bestehenden wollten sie sich nicht festhalten, die Völkerbunds-Idee als solche wollten sie hingegen festhalten. In dieser Stellungnahme der Amerikaner sehen viele Kongreßmitglieder eine Abgabe an den bestehenden Völkerbund. Daraufhin hat man sich zu einem *compromis* entschlossen, der die Äußerung zu umgehen sich bemüht. In dieser Resolution wird festgestellt, daß gegenwärtig 48 verschiedene Staaten in dem gegenwärtigen Völkerbund zusammengefaßt sind. Die interparlamentarische Konferenz erklärt aber ausdrücklich, daß es notwendig und dringlich sei, daß diese Vereinigung einen universalen, also allumfassenden Charakter erhalte, wodurch sie befähigt würde, noch besser ihrer Mission, die ihr anvertraut ist, gerecht zu werden. Für diese Resolution setzten sich dann auch die Amerikaner ein. Damit ist die grundsätzliche Forderung ausgesprochen, daß die gegenwärtig noch dem bestehenden Völkerbund abseits stehenden Länder, vor allem also Deutschland, Amerika und auch Rußland, in diese Körperschaft einbezogen werden.

Das zweite Hauptproblem, das die interparlamentarische Konferenz behandelte, war das der Abrüstung. Sehr scharf sprach sich darüber der schwedische sozialdemokratische Führer *Dr. Branting* aus. Er verlangte als eine Garantie für die Durchführung der Abrüstung vor allem den Austausch der Berichterstatter und auch die gegenseitige Kontrolle. Nachdem Deutschland abgerüstet habe, müßten die anderen Länder unweigerlich folgen. Der deutsche Vertreter, Professor *Schilling*, sprach über die Schiedsgerichtspartei, und er machte darauf aufmerksam, daß diese Dinge von dem Konflikt entstehen werden könnten und dürften. Es müßte hierfür ein internationaler Gerichtshof, eine Rechtsinstanz, geschaffen werden. Der Schiedsgerichtsvorschlag wurde nach seiner prinzipiellen Seite angenommen, der Konflikt wird die weitere Bearbeitung dieser Frage auf der Grundlage der von *Schilling* entwickelten Ideen durchführen.

Nach der Ansicht des Herrn Staatssekretärs *Mataja* sei die Arbeit, die die interparlamentarische Konferenz in Stockholm geleistet habe, sehr hoch und wertvoll eingeschätzt. Besonders erwähnt sei noch der umsichtigen und ausgezeichneten Arbeit des Generalsekretärs der Konferenz, des Professors *Dr. Christian Lange*, der er als die Seele des Unternehmens und als einen wirklichen deutschen Freund bezeichnet.

Die gesamte italienische Delegation auf der interparlamentarischen Konferenz in Stockholm reiste auf ihrer Rückreise in Berlin, wo sie vom Reichskanzler, vom Reichsaußenminister und von Chef der Behörden, Parlamentariern und Pressevertretern bei einem Mittagempfang im Garten des Reichskanzlers begrüßt wurden. Es ergab sich dabei für Politiker, Parlamentarier und Publizisten ein erwünschter Anlaß zu einer angeregten beiderseitigen Aussprache. Während die Mehrzahl der italienischen Delegierten bereits wieder nach Rom zurückgekehrt ist, verblieb das Mitglied der italienischen „Partito del Popolo“, der Abgeordnete *Tovini*, noch in Berlin, um die Gelegenheit zu Zusammenkünften und Besprechungen mit Abgeordneten der Zentrumspartei und einer Reihe im öffentlichen katholischen Leben stehenden Persönlichkeiten zu benutzen. Bei diesem Anlaß ist auch der schon früher einmal, gelegentlich der Annäherung einer besonderen Deputation der italienischen Volkspartei, aufgelauchte und besprochene Plan einer engeren parlamentarischen und persönlichen Zählungnahme wieder zur Debatte und auch zur weiteren Ausdehnung gekommen.



## Die Postbezieher

bitten wir, unsere Zeitung für den Monat September sofort neu zu bestellen

sofern die Bestellung nur für August angegeben wurde. Es tritt sonst am 1. September eine unliebsame Unterbrechung in der Zustellung ein, die wir von hier aus nicht verhindern können. Jeder Briefträger nimmt die Bestellung sowie das Bestellgeld entgegen und erteilt darüber vollgültige Quittung.

Wir bitten, unsere Zeitung in Bekanntenkreisen zum Bezug zu empfehlen.



## Ein veränderter sozialdemokratischer Programmentwurf

Das Hauptorgan der mehrheitlich sozialdemokratischen Partei, der Berliner „Vorwärts“, veröffentlicht in seiner Wagnisausgabe vom Donnerstag einen abgeänderten Entwurf des Parteiprogramms, wie er nunmehr der öffentlichen Tagung vorgelegt werden soll. Es ist bekannt, daß der erste Entwurf einer scharfen Kritik einzelner, aber auch ganzer Organisationen des Landes unterworfen worden ist. So hat sich die Programmkommission veranlaßt gesehen, zu einer erneuten Durchberatung zu schreiten und alle Einzelteile noch einmal durchzuprüfen. Auf diese Weise ist nunmehr der neue veränderte Programmentwurf zustande gekommen. Zunächst sei die Entwurfs in einzelnen von einander unterscheidenden, wird noch festzustellen sein, so viel aber läßt sich schon jetzt im allgemeinen sagen, daß es den Anschein hat, als ob der neue Entwurf nicht unerheblich beeinflusst worden sei durch die vorhandenen radikalen Strömungen im Lande, die, wie aus der Kritik des ersten Entwurfes zu ersehen war, nicht ganz auf die Kosten ihres Kapitulationsbedürfnisses gekommen waren. So wird beispielsweise das Wort „Klassenkampf“, das im ersten Entwurf nicht vorhanden war, jetzt wieder an die Spitze des Programms gestellt. Weiterhin treten in den Vordergrund die „Vereinfachung der Produktionsmittel“ und der „Klassenkampf“. Das Agrarprogramm verlangt an erster Stelle: „Eradikulation des schweren Festschulds des Kleinbauers.“ Von den Landarbeiterproduktionsgenossenschaften, die von *David* eine scharfe Kritik erfahren haben, ist nicht mehr die Rede und man kann aus den Ausführungen des Programms nicht erkennen, was mit dem in „sozialisierenden“ landwirtschaftlichen Großbetrieb in Wirklichkeit geschehen soll.

## Ein Kampfaufruf der Unabhängigen

Die „Freiheit“ veröffentlicht in ihrer Wagnisausgabe vom Donnerstag einen Aufruf des Zentralkomitees der U.S.P. an das „arbeitende und hungernde Volk“, der von dem neuen „Steuerkampf“ und von der Ablehnung der „Erfassung der „Goldrente““ ausgeht und die Arbeiter auffordert, ihre Kampforganisationen zu führen. Der „Erfassungsgesetz“ des Unternehmens in Form von Lohnungsbedingungen gegen Zustimmung von Preisverhörungen, wie sie die Arbeitsgemeinschaften planen, wird gewarnt. Der Kampf gegen Steuerung, Steuerdruck und Lohndruck könne nicht nur wirtschaftlich gefaßt, er müsse auch politisch angesprochen werden als Kampf um Einfluß und Macht im Staate in der Richtung zum Sozialismus. Der Schluß lautet in dem Aufruf, daß auch im proletarischen Lager alle inneren Differenzen zurückgestellt, alle Kräfte zusammengefaßt werden müssen zur Einheitlichkeit des ganzen deutschen Proletariats.

## Zum Tode des Abgeordneten Burlage

Nach unangelegentlichem Tode bei der Reichstagswahl im Dezember 1920, hat der Abgeordnete *Burlage* ein, so von der Fraktion der Deutschen nationalen Volkspartei, für die der Abgeordnete *Lorenz* schreibt: „In aufrichtiger Anteilnahme haben wir erfahren, daß der unerwartete Tod nach dem Ableben ihres Führer Teilbore und Hige wiederum eines Ihrer hochangesehenen Mitglieder abgerufen hat. Wir erlauben uns, Ihnen zu dem schmerzlichen Verlust, den die Reichstagsfraktion durch den Tod ihres stellvertretenden Vorsitzenden *Burlage* erlitten hat, unser warmes Beileid auszusprechen.“ Von der U.S.P.: „Zum Tode ihres Fraktionsvorsitzenden Kollegen *Burlage* sprechen wir Ihnen unser herzlichste Beileid aus. Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, *Dittmann*.“ Vom Reichstagspräsidenten *Loebe*: „Sehr geehrter Herr Kollege! Erst jetzt habe ich in Schweden von dem neuen schmerzlichen Verluste, den die Zentrumspartei durch den Tod des hochverehrten Herrn Kollegen *Burlage* getroffen hat. Dieser dritte schmerzliche Schlag wird von den Mitgliedern aller Parteien die tiefste Teilnahme wecken. Ich spreche Ihnen im Namen des Reichstages das herzlichste Beileid aus.“ Außerdem trafen Beileidtelegramme ein vom deutschen Bevollmächtigten für den Abstimmungsgebiet Oberösterreich, Grafen *Prasanna*, vom Vorsitzenden der Panischen Volkspartei, *Tomkapitaler* Abgeordneten *Leicht*, vom Reichsminister des Innern, vom Vereinigten Handelskammern *Krauß* a. *M.*, vom Reichsminister des Innern, vom Abgeordneten *Emminger*, vom Reichstagspräsidenten *Loebe*, vom Reichstagspräsidenten *Loebe*, vom Reichstagspräsidenten *Loebe*, vom Reichstagspräsidenten *Loebe*.

Der Reichspräsident *Ebert* widmet dem verstorbenen Abgeordneten folgende ehrende Worte des Nachrufes: „Der Partei und der Fraktion des Zentrums spreche ich zu dem schweren Verlust, den sie durch den Tod ihres Vorstandsmitgliedes, des Abgeordneten Reichstagspräsidenten *Dr. Burlage*, erlitten hat, meine herzlichste Anteilnahme aus. Das deutsche Volk verliert in dem Verstorbenen einen seiner hervorragenden Abgeordneten, der durch seine reichen Erfahrungen in Beruf und parlamentarischer Tätigkeit, seine umfassenden juristischen Kenntnisse und seine unerermüdete Arbeit sich reiche Verdienste um die Befestigung und die Verfassung des Reiches erworben hat. Die Zentrumspartei, die nun in kurzer Zeit den Verlust mehrerer ihrer besten Führer zu beklagen hat, verliert in ihm ein Vorstandsmittelglied von ausgezeichneten menschlichen Eigenschaften und hervorragendem Geschick, der sich in den schwierigen Verhandlungen der letzten Jahre in ganz besonderem Maße bewährt hat. Sein Andenken wird über den Kreis der Zentrumspartei hinaus im deutschen Volk in Ehren weiter leben. Reichspräsident *Ebert*.“

## Des Reichskanzlers Gruß an den Frankfurter Katholikentag!

Zu der neuesten, eigens für den Frankfurter Katholikentag zusammengestellten, überaus reichhaltigen und vortrefflichen Nummer 8 der vom Reichsgeneralsekretariat der Deutschen Zentrumspartei herausgegebenen Halbmonatsschrift „Das Zentrum“ findet sich folgender Gruß des Reichskanzlers *Dr. Wirth* an den Frankfurter Katholikentag:

„Zum ersten Male seit den Friedensjahren vor dem Weltkrieg tritt wieder die große alljährliche Katholikentagung Deutschlands zusammen. Die Herrschaft der christlich-katholischen Männer und Frauen hat stets ihre große Bedeutung auch für unser politisches Leben gehabt. Mit berechtigtem Stolz werden in diesen Tagen die deutschen Katholiken sich dessen erinnern, wie sie durch zielbewußte Arbeit sich allmählich emporgerungen haben zu einem Faktor, der in unserem Staatsgange seine Achtung und Geltung immer behaupten wird. Ich sende der Tagung herzlichste Grüße! Ein fester und lebendiger Teil des deutschen Volkes ist in Frankfurt vertreten. Nord und Süd, Ost und West, alle Vorkämpfer ohne Unterschied reichen sich zu gemeinsamer Aufbauarbeit im christlichen Geiste die Hände. Die Tagung wird ein gewaltiges Bekenntnis zur christlichen Volksgemeinschaft werden. Der Segen für das ganze deutsche Vaterland wird nicht ausbleiben.“

## Der Zusammenschluß der katholischen Arbeitervereine

Auf dem Delegiertentag des Ostdeutschen Verbandes des katholischer Arbeitervereine (Abteilung Schlesien) in Keiße, an dem neben einer Anzahl von Vätern 53 Delegierte teilnahmen, wurde folgende Entschließung angenommen:

1. Der zweite Delegiertentag des Ostdeutschen Verbandes des katholischer Arbeitervereine beschließt die Vereinigung mit dem Verband der katholischen Arbeitervereine (Süd-Verlin), wenn 1. ein hauptamtlicher Verbandsvorstand angestellt wird, 2. der Name des Verbandes in Zukunft heißt: „Verband der katholischen Arbeitervereine“, 3. der Name des Verbandsvorstandes lautet: „Der Arbeiter“ ohne den Zusatz (Süd-Verlin), 4. das Verbandsorgan am Kopf des Verbandesorgans in Weßall kommt.

Im Sinne dieser vier Punkte heißen wir die Beschlüsse der gemeinsamen Vorstandssitzung am 4. Juli 1922 gut und erklären, nur auf dieser Grundlage eine Einigung eingehen zu können.“

— **Verständigung der Durchführung des Reichsversicherungs-gesetzes.** Um den berechtigten Klagen der Reichsversicherungs-gesetzes abzuwehren, hat das Reichsarbeitsministerium sich entschlossen, die Umarmung der Beschäftigten nicht mehr von den Hauptversicherungsämtern, sondern von den Versicherungsämtern vornehmen zu lassen. Während bisher die Versicherungsämter nur bei der Vorbereitung der erstmaligen Feststellung der nach früheren Mitunterverfügungsgesetzen bestimmten Beschäftigungsstellen mitwirken konnten, die Feststellung selber aber den Hauptversicherungsämtern überlassen war, soll diese Arbeit in Zukunft grundsätzlich von den Versicherungsämtern selbständig ausgeführt werden. Das bisher geübte Verfahren war notwendig gewesen, weil in Anbetracht der grundlegenden Neuerungen des Reichsversicherungs-gesetzes eine einmütige einheitliche Durchführung bei der Handhabung des Gesetzes durch alle 100 Versicherungsämter nicht gewährleistet schien. Nachdem aber die Kenntnis des Gesetzes im Laufe eines Jahres allgemäher unter den Versicherungsämtern gewonnen ist, erscheint die erforderliche Einheitlichkeit in ausreichendem Maße gewährleistet, auch wenn die Versicherungsämter selbständig die Entscheidungen auf Grund des Reichsversicherungs-gesetzes zu treffen haben. Das bisher geübte Verfahren hatte den Nachteil, daß bei den Hauptversicherungsämtern zahlreiche von den Versicherungsämtern vorbereitete Versicherungsakten einzugehen, die das Hauptversicherungsamt mit seinen Arbeitskräften nicht erledigen konnte, d. h. die Arbeit der Hauptversicherungsämter konnte mit der der nachgeordneten Versicherungsämter nicht Schritt halten. Auch mußten bei dem früheren Verfahren stets mehrere Dienstellen an dem gleichen Versicherungsamt nacheinander arbeiten. Durch den Fortfall der Tätigkeit der Hauptversicherungsämter wird also zweifellos eine große Vereinfachung in der Durchführung der Beschäftigtenversicherung nach dem Reichsversicherungs-gesetz erreicht werden. Die bei den Hauptversicherungsämtern früher erwerbenden Arbeitskräfte sollen einerseits in der Vorbereitung der Umarmung der Hinterbliebenen, die nach wie vor bei den Hauptversicherungsämtern erfolgt, zugute kommen, andererseits sollen sie zum Teil den Versicherungsämtern zur Verfügung gestellt werden. Die vom Reichsarbeitsministerium erlassene Verordnung wird im Laufe der nächsten Monate in der Weise durchgesetzt werden, daß bis zum 1. Januar 1922 im allgemeinen alle Versicherungsämter mit der selbstständigen Bearbeitung beauftragt werden. Bis dahin soll an die Hauptversicherungsämter, die nach wie vor selbständig entscheiden, doch die Vorbereitung weiter als bisher durchgeführt, so daß die Akten nur noch einer Überprüfung durch das Hauptversicherungsamt bedürfen. Der Fortgang der Umarmung wird fortan des Reichsarbeitsministeriums überwacht werden, um zu gewährleisten, daß die Arbeit der Versicherungsämter in der Hand arbeiten, ist von der Anrechnung eine wesentliche Beschleunigung mit Sicherheit zu erwarten.

## Nachrichten aus Sachsen

### Steuerverleichterungen für Brennmaterial-Ersparnis?

Das sächsische Wirtschaftsinstitut um überlände den sächsischen Landesherrn einen Gesetzentwurf zur Kürzungen, wonach die Anlagen und Einrichtungen, die der Brennmaterial-Ersparnis dienen, Steuererleichterungen genießen sollen. Nach dieser Vorlage sollen in erster Linie die erfolgreiche Reueinstellung vorhandener Anlagen, Anlagen in Höhe von 50 Prozent und im nächstfolgenden in der Höhe von weiteren 25 Prozent der zu dem Bau aufgewandten Kosten gesteuert werden. Diese Begünstigung soll jedoch nur solchen Unternehmen zuerkannt werden, die vollständig bei Inbetriebnahme der Anlage einen Antrag auf Einräumung der Begünstigung bei den zuständigen Steuerbehörden einbringen. Die Freiheit der sächsischen Handwerkskammern hat den Entwurf eines solchen Gesetzes nicht als erforderlich gehalten, im wesentlichen deshalb, weil schon § 2 a des Einkommensteuergesetzes die Möglichkeit bietet, die Betriebsausgaben der steuerpflichtigen Abstraktionen vorzunehmen. Die sächsischen Handwerkskammern können, es wäre sich mit dem Gedanken eines besonderen Gesetzes einverstanden.